



Die Regierungsmitglieder Ernst Stocker, Markus Kägi, Carmen Walker Späh und Jacqueline Fehr (v.l.) verfolgten gestern Vormittag im Kantonsrat die Budgetdebatte.

Mark Demard

SVP verweigert Stocker Stellen

BUDGETDEBATTE Der Kantonsrat spart bei den Löhnen des Staatspersonals, streicht geplante Stellen, kürzt beim Opernhaus und beim Jugendstrafvollzug. Gestern hat die Debatte zum Kantonsbudget begonnen.

Verglichen mit dem 15-Milliarden-Haushalt des Kantons Zürich ging es gestern in der Detailberatung zum Kantonsbudget meist um Peanuts: um Kleinbeträge bis zu vier Millionen Franken. Vereinzelt gab es trotzdem rote Köpfe. Zum Beispiel beim SVP-Vertreter René Isler (Winterthur). Ihm platzte der Kragen nicht etwa beim Sparen, sondern beim Versuch, dem Strassenverkehrsamt Einnahmen von 2 Millionen Franken vorzuenthalten. Die Umsetzung des Bundesprogrammes Via sicura müsse gewerbefreundlich erfolgen, verlangte er, kam damit aber nicht durch. Gegner warfen ihm vor, er wolle wie vor einem Jahr das Transportgewerbe subventionieren. «Das steht nirgends in meinem Antrag», rief er wütend in den Saal und schimpfte die Gegner (alle ausser EDU) Analphabeten. Islers Antrag sei geradezu «anarchistischer und kreativer», höhnte Markus Bischoff (AL, Zürich). Nur lasse er sich nicht umsetzen, weil er ein rechtliches Ünding sei.

Dem pflichtete auch Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP) bei, dessen Direktion als einzige keine Federn lassen musste.

Gebülte Sparmaschine

Dafür setzte die Sparfraktion den Rotstift bei Jacqueline Fehr (SP) an, die ihre Premiere als Regierungsrätin in der Budgetdebatte hatte. Die Sparmaschine lief wie geölt und startete bei ihrem Departement Justiz und Inneres. Der erste Posten betraf den bescheidenen Betrag von 16 000 Franken. So viel muss bei den Löhnen eingespart werden. Der Auftrag der Finanzkommission (Fiko) besagt, dass die Gehälter nicht stärker als die Teuerung steigen dürfen. Insgesamt 11 solche Anträge mit einem Sparvolumen von 800 000 Franken liegen für alle Direktionen auf dem Tisch. Einige davon sind gestern durchgesetzt worden. Die Konstellation ist immer dieselbe: SVP, FDP, GLP, CVP, BDP und EDU (die Mehrheit) sind dafür; SP, Grüne und EVP (Minderheit) dagegen.

Noch unbehandelt sind die anderen Lohnanträge: Die Fiko will 18,3 Millionen Franken einsparen, indem sie die Einmalzulagen fürs Personal streicht und für individuelle Lohnerhöhungen nur 0,4 statt 0,6 Prozent der Lohnsumme zur Verfügung stellt. Diese Anträge werden voraussichtlich heute Abend gestellt. Ebenfalls heute kommen auch die pauschalen Kürzungsanträge, welche dieses Jahr aber kaum gelingen dürften, weil die SVP nicht mitmacht. Pauschalkürzungen seien «gut gemeint, aber kontraproduktiv», sagte Jürg Sulser (SVP, Otelfingen) zum Erstaunen der linken Ratsseite, die solche Anträge hasst. Jahrelang war es ja die SVP, die solche Forderungen stellte. Sie tue es diesmal nicht, weil die Regierung ein Sparprogramm aufgelegt habe, argumentierte Sulser. Die CVP will 200 Millionen pauschal sparen, die FDP die Hälfte. Die anderen Parteien haben signalisiert, dass sie dafür nicht zu haben sind.

Erinnerung an Carlos

Um gut 88 Millionen will die Fiko das Budget insgesamt zusammenstreichen. Gelingt dies, schliesst es mit einem Überschuss von 68,8

statt mit rund 10 Millionen Franken ab. Die beiden grössten Beiträge, die in Jacqueline Fehrs Direktion gestrichen wurden, betreffen den Jugendstrafvollzug (2 von 36 Millionen im Jahr) und das Opernhaus (1,6 von gut 81 Millionen jährlich). Beim Jugendstrafvollzug geht es um Sondersettings und ambulante Therapien, bekannt vom Fall Carlos. Gegen die Kürzung wehrten sich SP, Grüne und EVP. Am Ende kämen Jugendliche, die nicht therapiert würden, den Staat viel teurer, argumentierten sie. Doch die anderen Parteien kürzten den Posten wie schon im Vorjahr.

Beim Thema Opernhaus wählte sich Jacqueline Fehr in einer «verkehrten Welt». Als einstiges Kind der Jugendunruhen hatte sie nun als Kulturministerin die Oper zu verteidigen. «Mir gefällt der heutige innovative und offene Geist besser als die früheren Eitelkeiten», gestand sie. Die Werbung half nicht. SVP, FDP, GLP, CVP, BDP und EVP kürzten unbeirrt. Jeder müsse in harten Zeiten zum Sparen beitragen, lautete der Tenor. SP, Grüne und AL hielten dagegen. Das Opernhaus sei in Geldnot, unter anderem müsse es Pensionskassenbeiträge einschliessen

und eine Asbestsanierung bezahlen. Ein einziges Mal konnte Jacqueline Fehr den Sparhammer der Fiko abwenden. Es ging um 2,3 Millionen für neue Computer, welche die Fiko sparen wollte, indem sie eine Anschaffung auf drei Jahre verteilte. Dieses Vorgehen käme am Ende teurer, sagten linken Parteien. Sie setzten sich mithilfe von GLP, CVP, BDP und EDU durch.

Hammer statt Lob

Gerupft wurde auch die Finanzdirektion von Ernst Stocker (SVP), der gestern sein erstes Budget verteidigte. Knapp 500 000 Franken sind bei ihm bis jetzt gestrichen worden. Das Parlament verweigerte ihm die Stelle eines Risikomanagers, obwohl Stocker beteuerte, diese sei dringend nötig und wohl erwogen. Die SVP zeigte keine Gnade mit ihrem Finanzdirektor. FDP und EDU ebenfalls nicht. Um die Wiederbesetzung einer zeitweise vakant gebliebenen Juristenstelle (Teilzeit) ging es in einem anderen Fall. «Statt den Finanzdirektor zu belohnen, dass er die Stelle eine Zeit lang vakant liess, kommt vom Kantonsrat nur der Hammer», meinte die Grüne Beigula Käser (Bülach) konsterniert.

Thomas Schraner



«Pauschale Sparanträge sind zwar gut gemeint, aber in der jetzigen Situation völlig kontraproduktiv.»

Jürg Sulser, SVP, Otelfingen



«Die Gemeindeversammlungen zeigen, dass die Leute bereit sind, mehr Steuern zu bezahlen.»

Sabine Sieber, SP, Bauma



«Die Regierung müsste den Mut haben, den gesamten Leistungskatalog zu überprüren, nicht nur zehn Bereiche.»

Peter Vollenweider, FDP, Stäfa



«Es gibt intelligentere Formen, Einnahmen zu beschaffen, als den Steuerfuss anzuheben.»

Ralf Margreiter, Grüne, Zürich



«Obwohl die Wirtschaft boomt, leben wir vom Ersparten. Die Steuern jetzt anzuheben, wäre aber ein Blindflug im Nebel.»

Michael Zeuglin, GLP